

Afrika-Post

Magazin für Politik, Wirtschaft und Kultur Afrikas



Z 9890 E

9/92

September
1992

DM 6,—



**Die Politik der
EG gegenüber
Südafrika**

**Südafrikas
schwieriger Weg
zum Frieden**

**Robert Mugabes
Stern ist
im Sinken**

Klaus Frhr. von der Ropp

Südafrikas schwieriger Weg zum Frieden

Ende Dezember 1991 konstituierte sich in Johannesburg die Konvention für ein Demokratisches Südafrika (CODESA) zur Aushandlung einer neuen Verfassung sowie einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung für den Vielvölkerstaat. Noch vor etwa fünf Jahren waren diese Verhandlungen genauso undenkbar wie etwa jene über die Vereinigung Ost- und Westdeutschlands in den Jahren 1989/90. Was hat im einzelnen dazu geführt, daß auch in Südafrika ein Prozeß fundamentaler Änderungen eingesetzt hat? Diese Frage stellt sich umso mehr, als er trotz des Scheiterns schon der zweiten Codesa-Runde im Mai 1992 irreversibel ist.

Die Verhandlungen, zu denen sich die seit 1948 regierende Nasionale Party van Suid-Afrika (NP), der African National Congress (ANC) und die ihm sehr eng verbundene orthodoxe South African Communist Party (SACP), die Inkatha Freedom Party (IFP) konservativer Zulus und einige marginale Parteien treffen, werden das Apartheid-System überwinden. Eine ganz andere Frage ist, ob das Post-Apartheid-Südafrika demokratisch sein wird. Sie erscheint umso berechtigter, als bis vor kurzem keine Aussicht bestand, die Anhänger des latent starken Pan Africanist Congress (PAC) und der Konserwatiewe(n) Party (KP), die unverändert über großes Störpotential verfügen, in den Verhandlungsprozeß einzu beziehen. Im PAC hatte sich im November 1991 die Fraktion um Generalsekretär Benny Alexander gegen die eher verhandlungsbereite Gruppe um Präsident Clarence Makwetu und dessen Stellvertreter Dikgang Moseneke durchgesetzt. Für sie gab es nichts worüber mit Pretoria zu verhandeln sei. So be-

stand sie darauf, daß zu Beginn aller Verhandlungen eine Verfassungsgebende Versammlung (VV) zu wählen sei, also Pretoria sie mit seiner Kapitulation einleiten solle. Die oppositionelle „Konserwatiewe Party“ (KP) dagegen vertrat den bis in die späten 80er Jahre von der NP geteilten Standpunkt, nicht mit „Terroristen und Kommunisten“ verhandeln zu können. Sie ist aber bereit, mit IFP und den Parteien der anderen Bantustans über eher kosmetische Änderungen des Systems der Apartheid zu sprechen.

Perestrojka und ihre Folgen für den Süden Afrikas

Es ist wenig bekannt, daß die Anstöße zur Lösung der miteinander verknüpften Probleme in Angola, Namibia und Südafrika von einer sowjetisch-britisch-amerikanischen Koalition ausgingen. Im Dezember 1987, nach einem Besuch in Moskau, überbrachte der bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß der Regierung von Staatspräsident Pieter Willem

Botha eine Botschaft von Generalsekretär Michajl Gorbatschow und Außenminister Edward Schewardnadze, wonach die Sowjets nicht länger an revolutionären Lösungen der Probleme Namibias und Südafrikas interessiert seien und daher nicht mehr die Absicht hätten, dort — ähnlich wie Mitte der 70er Jahre in Mosambik und Angola — ihre Satellitenregime an die Macht zu bringen.

Die Neuorientierung der sowjetischen Politik rief den amerikanischen Chefunterhändler Chester A. Crocker und den von 1987 bis 1991 amtierenden britischen Botschafter in Südafrika, Sir Robin Renwick, auf den Plan, die nun mit den Sowjets eine Allianz eingingen. Oberstes Ziel der amerikanisch-britisch-sowjetischen Diplomatie der Vermittlung war, die von ihnen in den Jahren 1988 bis 1990 angestrebte und erreichte Freigabe Namibias durch Pretoria für die Südafrikaner zu einer vertrauensbildenden Maßnahme werden zu lassen, die es ihnen ermöglichen würde, anschließend über die oft kaum lösbar erscheinenden Probleme ihres eigenen Landes zu verhandeln.

Sir Robin — His Excellent Excellency

In der amerikanisch-sowjetisch-britischen Kontaktgruppe spielte Renwick die dominierende Rolle. Mit Fug und Recht nannte die gemäßigt konservative Johannesburger Sonntagszeitung Sunday Times ihn bei seinem Weggang aus Südafrika im April 1991 in einem „Sir Robin — His Excellent Excellency“ betitelten Aufsatz einen „interventionistischen Diplomaten“. Die Londoner Financial Times verabschiedete ihn als „host to the most“. So unbestritten sein sollte, daß die Mitte der 80er Jahre verhängten Sanktionen sehr dazu beitrugen, Pretoria an den Verhandlungstisch zu bringen, so unstrittig sollte auch sein, daß der US-Kongreß in der Sanktions-

frage eine treibende, die britische Regierung aber eine bremsende Rolle gespielt hatten. Das letztere gereichte Renwick im Dialog mit Pretoria zum Vorteil, wohingegen das erstere Crocker hinderte, das volle Gewicht Washingtons in die Waagschale zu werfen. Der Beitrag der Sowjets beschränkte sich darauf, die Verhandlungen mit den ihnen einst eng verbündeten Parteien SWAPO und ANC nicht mehr zu stören. Für das starke Engagement der Briten waren Wirtschaftsinteressen ebenso entscheidend wie die Sorge, bis zu einer Million oft rassistischer britischstämmiger Südafrikaner könnten fluchtartig nach Großbritannien zurückkehren, sowie schließlich die Furcht vor dem Einsatz der militärischen Macht durch die in Pretoria herrschenden „Gestalten aus dem Alten Testament“ (so Henry Kissinger im Juni 1976 im Gespräch mit Helmut Schmidt). Das südafrikanische Waffenarsenal, das sehr wahrscheinlich nukleare Komponenten einschließt, könnte, so die britische Argumentation, militärisch oder auch politisch — letzteres im Sinn von „proliferation after liberation“ — eingesetzt werden.

Namibia kein Modell für Südafrika

Entscheidend für den Erfolg dieser Diplomatie der Vermittlung, die teilweise hinter dem Rücken des kranken und alterstarrten Staatspräsidenten Botha stattfand, dürfte gewesen sein, daß sie, anders als die 1977/78 von Washington und Bonn geprägte und gescheiterte Diplomatie der westlichen Kontaktgruppe, die Probleme Namibias nicht mit denen Südafrikas gleichsetzte. Sie erkannte an, daß — im Gegensatz zu Namibia — Apartheid in dem Vielvölkerstaat Südafrika nur durch eine machtpolitische Absicherung der Interessen der in mehr als drei Jahrhunderten dort gewachsenen weißafrikanischen Nation zu überwinden sei. Es

war dann Justizminister Kobie Coetsee, ein enger Vertrauter des Erziehungsministers und späteren (seit September 1989) Staatspräsidenten Frederik Willem de Klerk, der 1988/89 den immer noch inhaftierten Nelson Mandela über die britisch-amerikanisch-sowjetischen Initiativen und die (positiven) Reaktionen Pretorias informierte.

Ähnlich wie die Briten, Amerikaner und Sowjets hatte, darin im Kabinett nur von Otto Graf Lambsdorff offen unterstützt, der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt bei einem Treffen mit US-Vizepräsident Walter Mondale im Mai 1977 argumentiert. Mondale hatte die These vertreten, der Westen müsse alles in seiner Macht Stehende unternehmen, um Pretoria zur Aufgabe seiner Politik der Apartheid zu bewegen. Schmidts Reaktion beschränkte sich auf die an Mondale gerichtete Frage „And replace it with what?“

Bis zum Ende der Ära Genscher bestand die Regierung der Bundesrepublik Deutschland kompromißlos darauf, den Süd-

afrika-Konflikt ebenso wie den in Namibia, also letztlich durch Machtumkehr zugunsten der (schwarzen) Bevölkerungsmehrheit im Sinne des ANC zu lösen. Diese Bonner Haltung stieß nicht nur auf den Widerstand des Anfang 1981 in das Amt des Assistant Secretary of State for African Affairs berufenen Chester A. Crocker, sondern auch auf den von Sir Robin Renwick, damals Gesandter in der britischen Botschaft in Washington und zuvor (1979/80) einer der Architekten der Lancaster House Konferenz zur Lösung des Simbabwe-Konflikts.

Nachdem ihre Bemühungen, die westdeutsche Regierung zum Einlenken zu bringen, erfolglos geblieben waren, schlossen Crocker und Renwick Bonn aus den diplomatischen Bemühungen im Süden Afrikas aus und entwickelten ihre Politik des „konstruktiven Engagement“ weiter. Eine der Folgen des Ausschlusses war, daß der von der Bonner Regierung 1977/78 maßgeblich mitgestaltete, in Resolution 435 des UN Sicherheitsrates enthaltene Plan



Nelson Mandela

zur Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit ohne jede deutsche Einflußnahme in die Tat umgesetzt wurde.

Noch aus der Position der Stärke

Diese erzwungene Passivität der westdeutschen Regierung löste auch bei der Ende 1989 ins Amt gewählten Regierung in Windhuk Verwunderung aus. Entsprechend problematisch gestalteten sich die Anfänge der Beziehungen beider Staaten. Nach der Erlangung der Unabhängigkeit im März 1990 bemühte sich die Regierung Namibias zunächst noch um die Einrichtung eines Generalkonsulats in Ost-Berlin, weigerte sich jedoch, eine Botschaft in Bonn zu eröffnen. Das letztere wurde erst im September 1991 in Angriff genommen. Auch widersetzte sich Windhuk dem Wunsch der Bundesregierung, den Bonner Botschafter zum Doyen des diplomatischen Corps zu machen.

Als de Klerk wenige Monate vor seiner Wahl zum Nachfolger Bothas im Juni 1989 in London Gespräche führte, vermochten ihn seine Gastgeber von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Innenpolitik seines Landes drastisch zu ändern. Noch könne er, so die Argumentation von Premierministerin Magaret Thatcher und Renwick, aus einer Position der Stärke verhandeln. Der Zusammenbruch der kommunistischen Regime im östlichen Mitteleuropa zum Ende des Jahres 1989 ließ de Klerk dann entgültig erkennen, daß auch er binnen kurzem in eine Position der Schwäche geraten und dann nur noch über die Kapitulation des weißen Südafrika verhandeln können. Einer seiner engsten Berater, der Vorsitzende des Broederbondes, Pieter de Lange, faßte das in die Worte „Das größte Risiko für das Afrikanerdom wäre, kein Risiko einzugehen.“ Die südafrikanische Revolution von oben



Frederik Willem de Klerk



Johannesburg

hatte um die Jahreswende 1989/90 ihre eigene Dynamik gewonnen: Anfang 1990 wurden die Verbote von ANC, SACP, PAC, u.a. aufgehoben, mit Nelson Mandela der letzte ihrer Führer freigelassen, ein Jahr später das Netzwerk der Apartheid-Gesetze über Bord geworfen, und Ende 1991 trat Codesa erstmals zusammen.

Chancen für CODESA?

Südafrika ist ein in vielem zerstörtes Land. Überall reicht die Arbeitslosigkeit Schwarzer an die 40-Prozent-Marke heran; im östlichen Kap ist sie noch höher. Jahrzehnte sog. Bantu Education und seit Mitte der 70er Jahre Schulboykotte („liberation first, education later“) haben zu zahllosen Mißständen im Ausbildungswesen sowie zur Entstehung einer „verlorenen Generation“, d.h. ca. drei Millionen hochpolitisierter Analphabeten, geführt. Unzählbar sind die Versäumnisse im Wohnungsbau sowie vor allem im ländlichen Gesundheitswesen. Die Zahl selbst schwerster Straftaten steigt stetig. Erwartet werden muß eine sinkende Leistungskraft der Volkswirtschaft des Post-Apartheid Südafrika

und ein Ausbleiben adäquater entwicklungspolitischer Leistungen der auf den Wiederaufbau im Osten konzentrierten westlichen Geber, so daß viele dieser Mißstände nicht behoben werden können. Verhängnisvoll ist schließlich, daß die südafrikanische Gesellschaft, obwohl die weißen Südafrikaner seit eh und je regelmäßig ihr Parlament wählen, letztlich durch und durch undemokratisch ist. In den Jahrhunderten des Rassismus hatten die weißen Afrikaner kein Interesse und ihre schwarzen Mitbürger keine Möglichkeiten zur Entwicklung einer demokratischen Kultur. So fehlt NP, ANC, SACP, KP und IFP sehr weitgehend die Fähigkeit zur politischen Toleranz und häufig auch zum Kompromiß. Südafrika droht, wie es der in den siebziger Jahren wegen seiner ANC-Aktivitäten für sieben Jahre in Pretoria inhaftierte Schriftsteller Breyten Breytenbach 1991 formulierte, die „unendlichen Varianten der Barbarei“ zu erleben. Denn natürlich gilt auch für den Codesa-Verhandlungsprozeß, was ein unbekannter anglo-amerikanischer Offizieller in die Worte kleidete „You can not negotiate or legislate democracy into existence“.

Das bisherige Scheitern des National Peace Accord

Nachdem entsprechende Bemühungen der Regierung gescheitert waren, gelang es Vertretern der südafrikanischen Kirchen wie auch der Geschäftswelt, Mitte September 1991 die „National Peace Convention“ einzuberufen. An ihr nahmen, außer denen des rechtsextremen Lagers, Vertreter aller politischen Parteien und Gewerkschaften Südafrikas teil. In dem sogenannten National Peace Accord (NPA) heißt es u.a. „... signify our common purpose to bring an end to political violence in our country and to set out a code of conduct, procedures and mechanisms to achieve this goal“. Der NPA enthält dementsprechend u.a. Verhaltenscodices für politische Parteien und Organisationen sowie Polizisten. Ferner wurden durch ihn das Nationale Friedenskomitee und ein ihm zuarbeitendes Nationales Friedenssekretariat sowie dessen Unterorganisationen auf regionaler und lokaler Ebene ins Leben gerufen. Wichtig ist die Einsetzung des von Richter Richard Goldstone präsentierten

Ständigen Ausschusses zur Untersuchung von Verstößen gegen den NPA (sog. Goldstone Kommission). PAC und seine Verbündeten billigten den NPA, unterzeichneten ihn jedoch nicht, da sie nicht bereit waren, ihre Unterschrift neben die der „illegitimen und illegalen“ südafrikanischen Regierung zu setzen.

Der „National Peace Accord“ (NPA) hat bislang kaum Frucht getragen. Denn Inkatha, ANC und — ob nun mit Wissen und Billigung Pretorias oder nicht — die „dritte Kraft“, illegale Angehörige der Sicherheitskräfte, haben ihre Schlächtereien, denen in den schwarzen Ghettos Tag für Tag Menschen zum Opfer fallen, unverändert fortgesetzt.

Vom „love-in“ zum Fehlschlag von CODESA 2

Codesa 1 im Dezember 1991 war ein großer Erfolg, weil sich alle teilnehmenden Parteien, mit Ausnahme der Vertreter Bophutatswanas und Inkatha (IFP), für das Post-Apartheid-Südafrika zu den Prinzipien eines ungeteilten, nicht-rassischen und demokratischen Staates bekannten.

Nach der, trotz sehr hoher Wahlbeteiligung, vernichtenden Niederlage — nur ein knappes Drittel stimmte mit Nein — der in der oppositionellen „Konservativen Party“ (KP) und Splittergruppen organisierter reaktionären Gegner der de Klerkschen Revolution von oben bei dem Referendum Mitte März 1992 war im In- und Ausland die Meinung verbreitet, auch Codesa 2 (Mitte Mai 1992) werde zu einem „love-in“ werden.

Es wurde übersehen, daß die regierende „Nationale Party“ (NP) und der ANC, die mit Abstand wichtigsten Akteure, sehr ungleiche Partner sind. Fänden heute allgemeine Wahlen statt, so würde die NP mit Hilfe von weißen, gemischtrassischen, in-

dienststammigen und konservativen schwarzen Wählern vielleicht etwa 30 % der Stimmen gewinnen, so Schätzungen des „Human Sciences Research Council“. Andererseits herrscht sie bis auf den heutigen Tag mehr oder weniger unangefochten. Der ANC dagegen hätte eine sehr gute Chance, allgemeine Wahlen deutlich zu gewinnen, stellt sich jedoch heute kaum mehr als eine „Regierung in Wartestellung“ dar.

Entsprechend waren die anfänglichen Verhandlungspositionen beider Parteien. Die Allianz ANC/SACP wollte und will möglichst bald Wahlen zu einer Verfassunggebenden Versammlung (VV) durchführen, die eine zentralstaatliche Verfassung erarbeiten und ein System der Mehrheitsherrschaft („winner takes all“) festschreiben soll. Die Minderheiten sollen durch einen herkömmlichen Grundrechtskatalog geschützt werden, der aber auch zum Schutz der bislang unterdrückten Mehrheit Grundrechte der zweiten und dritten Generation (Recht auf Arbeit, Recht auf Wohnung und so weiter) enthalten soll.

Herrschen im Konsens

Pretoria, das noch immer aus einer Position der Stärke heraus handelt, ist aber nur bereit, Herrschaftsmacht gegen die Gewährung der machtpolitischen Absicherung des Existenzrechts der weißen Afrikaner aufzugeben. Entsprechend fordert es für das neue Südafrika einen stark dezentralisierten Staat und ein System verfassungsrechtlich festgeschriebener permanenter Regierungskoalitionen. Auf allen Ebenen soll es ein Herrschen im Konsens geben. Ferner war und ist Pretoria bemüht, allgemeine Wahlen aller Art soweit wie möglich hinauszuschieben und so möglichst viele Schlüsselemente der neuen politischen und sozio-ökonomischen Ordnung bereits durch Codesa festschreiben zu lassen. Denn in der nicht



Soweto

gewählten Codesa, und nur dort, hat Pretoria eine starke Stellung.

Die ANC/SACP-Allianz, die regierende NP und die meisten der kleineren Codesa-Parteien haben sich bei Codesa 1, wie bereits erwähnt, zu einem ungeteilten demokratischen Südafrika bekannt. In der Folgezeit einigten sich alle Codesa-Parteien darauf, daß CODESA selbst die Übergangs-Verfassung erarbeiten soll. Auf der Basis dieser Verfassung wird eine Übergangs-Regierung der nationalen Einheit eingesetzt werden. Zu ihren Aufgaben wird selbstverständlich auch die in Südafrika besonders kritische Kontrolle der Medien und des gesamten Sicherheitsapparates gehören. Die Übergangsphase sollte in den Augen des ANC nicht länger als etwa sechs Monate währen. Pretoria dagegen denkt an eine Übergangsphase von ca. 10 Jahren. Naturgemäß ist noch nicht geklärt, wie die Ressorts in der Übergangsregierung verteilt werden. Es wäre aber naiv zu glauben, Pretoria werde hier auf die Kontrolle der Ressorts Finanzen, Wirtschaft, Polizei und Streitkräfte verzichten.

Einvernehmen

Auch wurde Einvernehmen dahingehend erzielt, daß in der Übergangszeit allgemeine Wahlen zu einer Verfassunggebenden Versammlung (VV) stattfinden werden. Deren Aufgabe wird es sein, die endgültige Verfassung für das Post-Apartheid Südafrika zu erarbeiten. Nach den Vorstellungen der Regierung und ihrer CODESA-Verbündeten wird schon die VV zwei Kammern, eine Nationalversammlung und einen Senat, haben. Die ANC/SACP-Allianz und ihre Verbündeten widersetzen sich dem schon bei CODESA 2. Denn im Senat — so Pretoria — werden die Minderheiten überpräsentiert sein, außerdem hat er gegenüber den Entscheidungen der Nationalversammlung ein Vorrecht. Der ANC sieht darin ein System des „looser keeps all“. Bei CODESA 2 vermochten die Unterhändler sich in mühseligen Verhandlungen dahingehend zu einigen, daß die Verfassunggebende Versammlung ihre Entscheidungen grundsätzlich mit einer Mehrheit von 70 Prozent und in Fragen des Grundrechtskatalogs mit 75 Prozent fassen wird. Keine Einigung wurde

hier in der Frage erzielt, mit welchen Mehrheiten die verfassungsrechtliche Zuweisung von Politikbereichen an die Bundes- bzw. die Landesregierung erfolgen wird. Die ANC bestand Mitte 1992 auch hier auf einer 70-Prozent-, Pretoria dagegen forderte eine 75-Prozent-Mehrheit. Aus der Sorge, Pretoria könne die hohen Mehrheitsanforderungen dazu mißbrauchen, die Verabschiedung der definitiven Verfassung zu verschleppen und so faktisch die Interimsverfassung zur endgültigen Verfassung werden zu lassen, fordert der ANC die Festsetzung eines zeitlichen Rahmens für die Verabschiedung der definitiven Verfassung. Dazu ist Pretoria jedoch nicht bereit.

Die seit dem Scheitern von Codesa 2 zum Zerreißen gespannten Beziehungen wurden überstrapaziert, als der ANC der Regierung die Verantwortung für das Massaker von Boipatong zuschob, bei dem Mitte Juni 1992 etwa 40 Menschen, darunter Frauen und Kinder, ermordet wurden. Pretoria wies die Beschuldigung kategorisch zurück. Richter Richard Goldstone wurde mit der Untersuchung der Verbrechen beauf-

trägt. Er hat auch ausländische Experten in den von ihm geleiteten Ausschuß berufen. Es wurde bislang ermittelt, daß Angehörige der staatlichen Sicherheitskräfte in das von Inkatha-Sympathisanten begangene Massaker nicht verwickelt waren.

Weitere anglo-amerikanische Vermittlungsinitiativen

Auf Antrag der Organisation für Afrikanische Einheit (OAE) — sie hatte kurz zuvor in Dakar/Senegal bei ihren alljährlichen Gipfeltreffen ausführlich über die Entwicklung in Südafrika diskutiert — befaßte sich Mitte Juli 1992 der UN-Sicherheitsrat mit der Lage in Südafrika. Auffallend an seiner Schlußresolution (res. 765) ist deren im Vergleich mit früheren Entschlieûungen zur selben Problematik sehr moderater Ton. Es fehlt ihr jene militante Sprache, die früher die afrikanischen Staaten dank der Unterstützung der UdSSR und gegen den im Lauf der Jahre schwächer werdenden Widerstand des Westens in die Südafrika-Debatten und -Resolutionen selbst des Sicherheitsrates einführen können. Die de Klerksche Politik radikaler Reformen wie auch die Diplomatie Großbritanniens und der USA triumphierte im Juli 1992 auch in New York. Diese Diplomatie ist das Ergebnis der Zusammenarbeit Herman Cohens, des Nachfolgers von Crocker im Amt des Assistant Secretary of State for African Affairs, mit Renwick, der seit Mitte 1991 als Botschafter Großbritanniens in Washington fungiert. Die Erfahrung der letzten Jahre mit dem Auseinanderbrechen der UdSSR, Jugoslawiens, der CSFR, Äthiopiens, Somalias, Sudans und Liberias lassen heute jedoch auch die Vertreter weiterer Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrates die Notwendigkeit erkennen, für die Probleme Südafrikas nicht länger die bislang üblichen simplen, sondern deren Komplexität Rechnung tragen-



Soweto

de Lösungen zu suchen. In diesem Zusammenhang verdient Beachtung, daß Bundesaußenminister Klaus Kinkel schon vor etwa 15 Jahren in seiner damaligen Eigenschaft als Leiter des Planungsstabes des auswärtigen Amtes sehr ähnlich argumentiert hat, wie das die Vertreter Großbritanniens, der USA und Rußlands jetzt abermals in New York taten. Anders als sein Vorgänger im Amt des Außenministers hat Kinkel ein Gespür für die sich aus der Heterogenität der Bevölkerung Südafrikas ergebenden Probleme.

Resolution 765 und Verpflichtung

Die UN-Resolution 765 erinnert die Regierung Südafrikas an ihre Verpflichtung, alle Gewalttätigkeit zu unterbinden und auch darüber hinaus Leben und Eigentum aller Südafrikaner zu schützen. Im übrigen fordert sie jedoch alle Parteien des Landes zur Zurückhaltung und Verwirklichung des nationalen Friedensabkommens von September 1991 auf. Aufbauend auf dieser Resolution 765 wurde die

Entsendung eines Sonderemissärs in die Kap-Republik beschlossen. In dieses Amt berief UN-Generalsekretär Boutros Ghali den früheren US-Außenminister Cyrus Vance. In der letzten Juliwoche hielt sich Vance in Südafrika auf und war bemüht, den Verhandlungsprozeß wieder in Gang zu bringen. Sein Bericht war Grundlage für die Entscheidung des Sicherheitsrates, 30 ständige Beobachter an das Kap zu entsenden. Sie werden das nationale Friedenssekretariat bei der Erledigung seiner Aufgaben, das ist vor allem die Eindämmung der Gewalt vornehmlich in den schwarzen Ghettos, unterstützen.

Auch während der von der ANC/SACP/COSATU-Allianz getragenen Massenaktionen, darunter einem von Millionen schwarzer Arbeitnehmer befolgten Generalstreik, war Anfang August 1992 das Engagement vor allem der USA spürbar. Damals hielt sich nämlich Cohen in Südafrika auf. Gemeinsam mit der britischen, und jetzt auch der deutschen

Regierung, sind die USA bemüht, die Südafrikaner an den Verhandlungstisch zurückzubringen. Darauf wird zurückzuführen sein, daß allen durchaus militanten Konfrontationen zum Trotz der Gesprächsfäden zwischen Pretoria und dem ANC selbst während der Massenaktionen nicht abriß.

Gedanken zum Fortgang der Verhandlungen

Es ist damit zu rechnen, daß die Verhandlungen über das Post-Apartheid-Südafrika — ob nun im Codesa- oder in einem anderem Rahmen — in absehbarer Zeit wieder aufgenommen werden. Möglich ist, daß sich jetzt der PAC beteiligen wird. Abzuwarten bleibt, ob er dann konstruktiv mitarbeiten oder die Bühne dieser Verhandlungen nur dazu mißbrauchen wird, unerfüllbare Forderungen aufzustellen um den ANC bei den vielen jugendlichen Radikalen weiter zu diskreditieren. Auch hier wird sich immer wieder die Frage stellen, ob die bisherigen und die künftigen



Pretoria

Machthaber in Pretoria die Kultur diffuser Gewalt vor allem in den Ghettos in den Griff bekommen werden. Die an und für sich gebotene Entsendung einer UN- oder Commonwealth-Friedensgruppe wird an deren gigantischen Kosten scheitern.

Anachronistische Politik

Wahrscheinlich wird sich — wohl unter dem neuen Namen „Afrikaaner Volksunion“ — eine Gruppe aus der oppositionellen „Konservativen Party“ (KP) ausgeschlossener bzw. ausgetretener Parlamentarier um den langjährigen KP-Dissidenten Koos van der Merwe an den Verhandlungen beteiligen. Mit der Hilfe des mit ihm seit Jahren befreundeten liberalen Dissidenten Van Zyl Slabbert hatte Koos van der Merwe bereits 1988 Thabo Mbeki und andere ANC-Offizielle auf den Bermudas getroffen. Er hat diese Kontakte nie abreißen lassen und war deshalb Anfang 1992 aus der KP ausgeschlossen worden.

Van der Merwe hat immer das Anachronistische in der Politik der KP gesehen. Er und seine Gefolgsleute werden mit dem Ziel in die Verhandlungen gehen, dort die Schaffung eines „Afrikaaner-Israel“ zu erwirken. Eine solche „Fluchtbürg“, die wohl außer im Raum Pretorias im nördlichen und/oder westlichen Kap gelegen sein wird, soll jene Menschen afrikaaners Kultur aufnehmen, die für ihre Kinder und Kindeskinde eine Zukunft im übrigen, vom ANC beherrschten Südafrika nicht sehen. Übrigens benutzen die Verfechter dieser Idee Argumente, die jenen sehr ähnlich sind, mit denen die deutsche Regierung der Wiedergeburt einer Republik der Rußland-Deutschen das Wort redet. Van der Merwe ist aus den Gesprächen mit Slabbert nur zu gut bekannt, daß jener schon vor 20 Jahren in seinem Haus in Rondebosch/Kapstadt Südafrikaner, Niederländer und Deutsche, darunter den Autor dieses Artikels, zusammenrief, um mit ihnen die Möglichkeit der

Schaffung eines Afrikaaner-Israel zu diskutieren. So war es Slabbert, der nach vielen Gesprächen Otto Graf Lambsdorff Mitte 1986 veranlaßte, sich für die Schaffung des Afrikaaner-Israel in einem viel beachteten Interview auszusprechen.

Sollte die Afrikaaner-Volksunion gegründet werden und an den Verhandlungen über das Post-Apartheid-Südafrika teilnehmen, so wird sie die „Nationale Party“ (NP) vor ein Dilemma stellen. Denn die NP muß deren Interessen fördern, da sich nur so der Widerstand der extremistischen Kreise des Afrikanerdoms schwächen lassen wird. Am ehesten wird ihr das gelingen, wenn sie sich nicht länger dagegen stemmt, daß einige der sehr zahlreichen latenten Anhänger der Afrikaaner-Volksunion in ihren eigenen Reihen aus der NP aus- und dem Lager Koos van der Merwes beitreten. Schätzungen besagen, daß bis zur Hälfte aller gegenwärtigen Mitglieder der NP-Fraktion diesen Schritt tun könnten.

Das Afrikaaner-Israel

Selbst wenn deutlich weniger NP-Parlamentarier zu der Afrikaaner-Volksunion stoßen sollten, so würde ihre Teilnahme an den Verhandlungen doch das Risiko in sich bergen, daß die Option des Afrikaaner-Israel viel früher verhandelt wird, als dies der NP recht sein kann. Denn für die NP ist diese Alternative — wie Willem de Klerk, älterer Bruder und enger Berater des Staatspräsidenten, Anfang 1990 ausführte — nur die letzte Rückfallposition. Die NP und mit ihr die südafrikanische Wirtschaft sind aber derzeit noch bemüht, den weißen Afrikanern ein Maximum an Einfluß in einem künftigen Gesamtstaat Südafrika zu bewahren. Es spricht nicht viel dafür, daß Pretoria diese Position in den Verhandlungen behaupten können. Bereits Mitte der 90er Jahre könnte so sehr wohl die gesamte NP auf die Linie der Afrikaaner-Volksunion eingeschwenkt sein.